

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 01/2024 vom 19. Januar 2024, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Manfred Locher (bis zur Wahl des neuen Stadtratspräsidenten) Stadtratspräsident Philipp Deriaz Peter Aegerter, Martin Allemann, Natalie Althaus, Sandro Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter (bis und mit Sitzungsunterbruch nach Traktandum 1, 18.20 Uhr), Adrian Christen, Franziska Eggenberg, Marc Fritschi, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Manon Jaccard, Nicole Krenger, Alice Kropf, Thomas Lanz, Barbara Lehmann Rickli, Michelle Marbach, Vanessa Meier, Marianna Oesch Bartlome, Alexandre Reymondin, Thomas Rosenberg, Claude Schlapbach, Leonardo Schlatter, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studer, Markus van Wijk, Simon Werren, Matthias Zellweger
Gemeinderat	Vizepräsidentin Katharina Ali-Oesch, Gemeinderätinnen Andrea de Meuron und Eveline Salzmännli, Gemeinderat Reto Schertenleib
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder
Entschuldigt	Stadträtinnen Daniela Huber Notter und Cloe Weber, Stadträte Christoph Lauener und Reto Kestenholz, Stadtpräsident Raphael Lanz, Protokollantin Judith Lüdi (kurzfristig entschuldigt, Protokoll ab Band erstellt)
Schluss der Sitzung	19.10 Uhr

Der Stadtratspräsident 2023 begrüsst im Speziellen die neue Stadträtin Angelika Zimmermann. Unter den Gästen begrüsst er ganz besonders die Familie von Philipp Deriaz. Er gibt bekannt, das Stadtpräsident Raphael Lanz im Ausland weilt (Graduations-Feier der Tochter). Heute ist eine Gebärdensprachdolmetscherin, Frau Wüthrich, anwesend. Auch sie wird herzlich willkommen geheissen. Er wünscht allen alles Gute fürs neue Jahr und gibt der Hoffnung Ausdruck, es möge gelingen, auch im neuen Jahr gemeinsam im Interesse und im Wohl der Stadt und ihrer Bevölkerung zu wirken. Wehmütig kommt er seiner Abdankung als höchster Thuner entgegen.

1. Wahl des Stadtratsbüros 2024

a) Wahl des Stadtratspräsidium

Die SVP-Fraktion schlägt den bisherigen Vizepräsidenten Philipp Deriaz (SVP) als neuen Stadtratspräsidenten vor.

Der Rat wählt gestützt auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 14. Dezember 2022 und vom 10. Januar 2023 und in Anwendung von Artikel 14 und Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Stadtrats Philipp Deriaz (SVP) einstimmig zum Stadtratspräsidenten.

Philipp Deriaz, **SVP**, bedankt sich für das Vertrauen. Es ist ihm eine grosse Ehre, nach 4399 Tagen im Stadtrat das Amt als Stadtratspräsidenten übernehmen und der Stadt in dieser Funktion der Stadt ein Jahr lang dienen zu dürfen. Er dankt seinem Vorgänger, Stadtrat Manfred Locher. Er weist darauf hin, dass die Amtsdauer von Manfred Locher etwas Historisches hatte. Einerseits konnte er als kleinste Partei das höchste Amt übernehmen. Weiter war er im Stadtrat Thun der erste Ratspräsident der EDU. Auch wenn er sich nicht mit solchen Superlativen brüsten kann, verbindet sie eines im Rat. Einerseits die Arbeit im Stadtrat in den letzten Jahren. Andererseits ging er beim Vater von Manfred Locher, Hans Locher, in die Sekundarschule Jegenstorf. In seinem Wesen vereint Manfred Locher für den neuen Stadtratspräsidenten folgende Wörter: Sport, Humor, ehrenamtliche Tätigkeiten, Geselligkeit und Menschlichkeit. Sei es als Sportler und Schweizermeister mit dem SCB 1977, mit der nötigen Prise Humor und Lockerheit bei all seinen Auftritten, den zahlreichen ehrenamtlichen Tätigkeiten, insbesondere bei den Kadetten Thun und seinem Sinn für Gerechtigkeit und Ehrlichkeit. Er wünscht Manfred Locher und seiner Familie stets gute Gesundheit und dankt ihm für seine Tätigkeit als Stadtratspräsidenten 2023. Er überreicht Manfred Locher eine Rolle Einrappenstücke mit Hinweis auf den vor einem Jahr von ihm erhaltenen Fünfliber. Bei Anlegen dessen mit durchschnittlich 0.8 Prozent Zins, kommt man auf vier Rappen. Er gibt ihm diese gerne aufgerundet zurück. Weiter überreicht er ihm eine Männerhandtasche. Er möchte die Tradition fortfahren, dem amtsältesten Stadtrat etwas zu überreichen. Thomas Hiltbold ist seit dem 1. Januar 2001 im Stadtrat, also 23 Jahre und 19 Tage. Der Rekord liegt bei 31 Jahren. Geht es um Bäume, so wird Stadtrat Hiltbold emotional. Deshalb überreicht der Stadtratspräsidenten ihm einen Jahreskalender «Swiss Trees 2024» mit Baummotiven. Auch ihm überreicht er eine Männerhandtasche. Thun ist sein Zuhause, eine Gemeinschaft von Menschen, die vielfach durch Geschichte und Tradition miteinander verbunden sind. Der Stadtrat nimmt man die Verantwortung wahr, nebst den eigenen, jenen von der Partei und den Interessen der Stadt, auch die Bedürfnisse und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger zu verstehen und umzusetzen. Dazu gehört bei einer Lösungsfindung auch die Art und Weise, wie Behördenmitglieder miteinander umgehen. An dieser Stelle betont er, dass er die Kultur im Rat und bei überparteilichen Projekten sowie die Zusammenarbeit mit der Verwaltung sehr schätzt. Stehen bei einigen Vorstössen im Titel die SVP-Fraktionen und die SP-Fraktion, so zeigt dies Schnittmengen im Sinne vom Ganzen und der Sache. Sitzungsunterbrüche während Ratssitzungen zeigen, dass Debatten geführt werden, man sich mit den Argumenten auseinandersetzt und allenfalls über Änderungen im Stimmverhalten nachdenken. Oft sind die Meinungen nach den Kommissions- und Fraktionssitzungen gemacht. Es zeigt jedoch, dass einander respektvoll zugehört wird und die Voten reflektiert werden. Er ist stolz auf diese Art der Diskussion und das Handeln vom Rat. In diesem Jahr wird seine Parteipolitik etwas in den Hintergrund treten. Als Stadtratspräsidenten ist er in diesem Jahr für alle da. Er versucht,

seine Rolle diesbezüglich bestmöglich zu erfüllen. Der Rat hilft ihm dabei, wenn er keine Stickentscheide fällen muss. Er verzichtete auf ein Jahresmotto. Im Hinblick, dass man in einer Welt voller Konflikte und Krisen lebt, möchte er sich für etwas Grundsätzlicheres einsetzen. Durch die unzähligen Möglichkeiten von Medienkonsum wird man bereits in jungen Jahren mit Informationen bombardiert. Früher bekam man höchstens abends, wenn die Eltern die Tageschau schauten, News zu Gehör. Sein Ansatz ist es, vermehrt das Gute, Schöne und Positive sehen zu können. Als Thunerin und Thuner darf man in einem Land mit einem grossen Wohlstand leben, und in der schönsten Stadt der Schweiz. Dies mit einer politischen Struktur, in der man frei ist und sich direkt beteiligen kann. Er ruft den Rat dazu auf, das Umfeld wieder vermehrt auf das Positive aufmerksam zu machen, ohne die Augen vor anderem zu verschliessen. Wichtig ist ihm zudem ein Wort zum Milizgedanke. Dieser ist in der schweizerischen Identität fest verankert. Er betrachtet es als seine Pflicht, die Bedeutung dieses Prinzips in der Stadt Thun zu betonen. Er bedauert, dass sich die Gesellschaft immer mehr Richtung Individualität entwickelt. Das eigene Wohlbefinden steht im Mittelpunkt und es ist nicht mehr populär, etwas ohne Gegenleistung zu tun. Thun ist eine Stadt mit einem vielfältigem Vereinsleben, was in Städten nicht mehr selbstverständlich ist. Er dankt allen Thunerinnen und Thuner, die sich in diesem Bereich engagieren. Er weist auf die Sitzungs-führung hin. Im letzten Jahr gab es aufgrund einer Vielzahl von Geschäften einige Doppelsitzungen. Die Bewältigung der Geschäfte in der zur Verfügung stehenden Zeit ist gerade auch für Milizpolitiker herausfordernd. Er erwartet vom Rat, dass die Voten stufengerecht sind, auf den Punkt gebracht und in einer maximalen Länge von zirka fünf Minuten präsentiert werden. Eine Redezeitbeschränkung ist aus seiner Sicht nicht notwendig. Er hofft, dass die gute und respektvolle Ratskultur weitergeführt werden kann. Er dankt allen Stadträtinnen und Stadträten für die Zusammenarbeit in den letzten zwölf Jahre. Weiter dankt er den Protokollführerinnen für das Zusammenfassen der vielen Voten. Er dankt Stadtratssekretär Christoph Stalder für die Vorbereitung der Sitzungen und seine Hilfe. Ein weiterer Dank gilt der Verwaltung für die angenehme und zuvorkommende Zusammenarbeit. Besonders dankt er seiner Familie für die Unterstützung. Er freut sich auf ein spannendes Politjahr 2024.

Es erfolgt eine musikalische Einlage von Roberto Brigante. Der Stadtratspräsident äussert, dass sein erster Kontakt mit Roberto Brigante während seinen ersten Jahren in der Einbürgerungskommission von Thun entstand. Unterdessen verbindet die beiden ein freundschaftliches Verhältnis. Roberto Brigante hat sein gesamtes politisches Wirken in Thun von Beginn an miterlebt und ihn immer wieder mit wohlwollenden Worten motiviert, seinen politischen Weg zu gehen.

b) Erstes Vizepräsidium

Die **Fraktion Grüne** schlägt Thomas Lanz (Grüne) vor.

Der Rat wählt gestützt auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 14. Dezember 2022 und vom 10. Januar 2023 und in Anwendung von Artikel 14 und Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Stadtrats Thomas Lanz (Grüne) einstimmig zum ersten Vizepräsidenten.

c) Zweites Vizepräsidium

Die **SP-Fraktion** schlägt Alice Kropf (SP) vor.

Der Rat wählt gestützt auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 14. Dezember 2022 und vom 10. Januar 2023 und in Anwendung von Artikel 14 und Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Stadtrats Alice Kropf (SP) einstimmig zur zweiten Vizepräsidentin.

d) Zwei Stimmenzähler/Stimmenzählerinnen

Die **Fraktion FDP/Die Mitte** schlägt Claude Schlapbach (FDP) vor.

Die **Fraktion GLP/EVP/EDU** schlägt Vanessa Meier (GLP) vor.

Der Rat wählt gestützt auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 14. Dezember 2022 und vom 10. Januar 2023 und in Anwendung von Artikel 14 und Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Stadtrats Claude Schlapbach (FDP) und Vanessa Meier (GLP) einstimmig als Stimmenzählende.

Der Stadtratspräsident unterbricht die Sitzung für 30 Minuten. Der Gemeinderat lädt alle, inklusive Gäste und Medien, in die Rathaushalle zu einem Aperitif ein.

Der Stadtratspräsident informiert, dass er das Traktandum sechs dem Traktandum fünf vorzieht. Dies für den Fall, dass es längere Redezeiten gibt und etwas verschoben werden müsste.

2. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15. Dezember 2023

Das Protokoll wird mit bestem Dank an die Protokollführerin stillschweigend als genehmigt erklärt.

3. Sachkommission Bau und Liegenschaften

Ersatzwahl für den zurückgetretenen Simon Werren (Die Mitte)

Die Partei Die Mitte schlägt Angelika Zimmermann (Die Mitte) für die Nachfolge von Simon Werren (Die Mitte) vor.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun gestützt auf Art. 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die SAKO B+L wird als Mitglied anstelle von Simon Werren (Die Mitte) per sofort gewählt: Angelika Zimmermann (Die Mitte).

4. Stadträtliche Kommissionen 2024

Wahl der Präsidien und Vizepräsidien der Sachkommissionen

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Gestützt auf die Wahlvorschläge der Fraktionen sowie auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 14. Dezember 2022 und vom 10. Januar 2023 und in Anwendung von Artikel 20 Absatz 3 und Artikel 21 des Geschäftsreglements des Stadtrats werden zur Wahl der Präsidien und Vizepräsidien der Sachkommissionen wie folgt gewählt:

<i>Sachkommission</i>	<i>Amt</i>	<i>Person</i>	<i>Fraktion</i>
a) SAKO P+StE	Präsident	Thomas Rosenberg	Grüne
	Vizepräsident	Markus van Wijk	FDP/Die Mitte

b) SAKO B+L	Präsident Vizepräsidentin	Adrian Christen Natalie Althaus	SP Grüne
c) SAKO BiSK	Präsident Vizepräsident	Nicolas Glauser Thomas Bieri	GLP/EVP/EDU SVP
d) SAKO Si+So	Präsidentin Vizepräsidentin	Daniela Huber Notter Marianna Oesch Bartlome	FDP/Die Mitte SP
e) SAKO FiRU	Präsident Vizepräsidentin	Valentin Borter Nicole Krenger	SVP GLP/EVP/EDU

5. Postulat P 16/2023 betreffend Chancengleichheit und Teilhabe für gehörlose und hörbehinderte Menschen

SP-Fraktion, Nicole Krenger (GLP), Cloé Weber (Grüne), Matthias Zellweger (Parteilos) vom 21. September 2023; Beantwortung

Gemeinderätin Eveline Salzmann betont das Bewusstsein des Gemeinderats, dass Personen mit Beeinträchtigungen mit Schwierigkeiten im täglichen Leben zu kämpfen haben, die gesunde Menschen nicht haben. Deshalb engagiert sich die Stadt Thun seit 2020 im Netzwerk «Hindernisfrei in Thun». Dieses Netzwerk hilft, dass Personen mit Einschränkungen sowie Behindertenorganisationen ihre Anliegen einbringen und der Stadt Thun mitteilen können. Das Ziel des Netzwerkes ist es, den Alltag von Menschen mit Beeinträchtigungen durch einfache, konkrete, umsetzbare und finanzierbare Massnahmen einfacher zu gestalten. Das Netzwerk steht allen interessierten Behindertenorganisationen offen. Auch die anwesende Brigitte Schökle ist Mitglied von dem Netzwerk. Sie ist die Geschäftsführerin der Interessengemeinschaft Gehörlose und Hörbehinderte IGGH und Mitverfasserin dieses Postulates. Das Postulat zeigt einige Verbesserungsmassnahmen auf, die in der Stadt Thun vorgenommen werden können. Zum Vorschlag Stärkung des Netzwerkes «Hindernisfrei in Thun» durch einen Gebärdedolmetschdienst äussert sie, dass seit Beginn des Netzwerkes eine gehörlose Person dabei ist und die Sitzungen stets durch einen Gebärdedolmetschdienst übersetzt werden. Die Ausführungen im Postulat sind deshalb nicht korrekt. Zum zweiten Vorschlag, der Bereitstellung von barrierefreien Informationen auf der Website der Stadt Thun, teilt sie mit, dass sie im Juli 2023 ein Treffen mit Frau Schökle und Herr Juker, dem Vorstand der IGGH, hatte. Damals wurde sie auf das Anliegen aufmerksam gemacht. Sie bekundet, dass ihr bis dahin nicht bewusst war, dass Hörbehinderte und Gehörlose je nach Behinderung auch mit dem Lesen und dem Verstehen von schwierigen Texten Mühe haben. Sie konnte das Anliegen nachvollziehen. Im Austausch mit der Abteilung für Kommunikation und dem Stadtschreiber kam man zum Schluss, dass es am zielführendsten ist, zu schauen, welche Themen die Thunerinnen und Thuner am meisten interessieren. Diese Themen wurden in die Leichte Sprache übersetzt. Damit können auch jene abgeholt werden, die nicht gut Deutsch sprechen oder kognitiv beeinträchtigt sind. Die Umsetzung wurde im August 2023 beschlossen und im November 2023 vollzogen. Anlässlich der letzten Sitzung der SAKO Si+So wurde sie darauf aufmerksam gemacht, dass unter der Seite der Leichten Sprache für Fragen nur eine Telefonnummer aufgeschaltet ist. Dies ist ein berechtigter Einwand. Neu wurde eine E-Mail-Adresse vermerkt. Als dritter Vorschlag wurden die Bereitstellung und Organisation eines Gebärdedolmetschdienstes für öffentlichen Veranstaltungen wie die Stadtratssitzungen genannt. Die Bereitstellung eines Gebärdedolmetschdienstes ist organisatorisch und finanziell aufwändig. Das Interesse an der Teilnahme von Stadtratssitzungen scheint auch bei Hörenden überschaubar. Der Gemeinderat möchte das Anliegen so umsetzen, dass er bei vorhandenem Interesse einen Gebärdedolmetschdienst organisiert, dies jedoch nicht der Regel entspricht. So wie sie dies für die aktuelle Sitzung gemacht haben. Auf Anfrage von Hörbehinderten oder Gehörlosen werden sie einen Gebärdedolmetschdienst organisieren. Sie kommt zum vierten Vorschlag, der Anschaffung und Bereitstellung einer mobilen FM-Anlage für Hörbehinderte mit

Hörsystem. Bei Annahme des Postulates werden sie die Anschaffung einer Höranlage prüfen. Auf Anregung von Frau Schökle hin wurde auf der Startseite des Netzwerks «Hindernisfrei in Thun» ein Höranlageverzeichnis verlinkt, welches zeigt, wo in Thun Höranlagen vorhanden sind. Der Gemeinderat steht dem fünften Vorschlag, dass die Stadt Thun einen Dolmetschdienst für die Teilnahme in Quartierleuten, Vereinen und politischen Parteien zur Verfügung stellt, ablehnend gegenüber. Dies aufgrund dem erwähnten hohen organisatorischen und finanziellen Aufwand. Als Fazit schliesst sie, dass die Stadt Thun bereits einiges umgesetzt hat und auch im Bereich Hörbehinderung schon vor Einreichen des Postulates aus eigenem Antrieb Massnahmen vollzogen hat. Sie werden auch zukünftig konkrete und einfach umsetzbare Massnahmen prüfen und umsetzen. Die Verbesserung des Alltags von Menschen mit Beeinträchtigungen ist für sie ein Dauerauftrag. Der Gemeinderat beantragt die Annahme und Abschreibung des Postulates.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, dankt allen, die beim Schreiben des Postulates mitgeholfen haben, besonders auch Brigitte Schökle. Sie informiert, dass sie die Rückmeldungen von Brigitte Schökle auf die Beantwortung des Postulates bei ihrem Votum miteinfließen lässt. Sie begrüsst es, dass der Gemeinderat im Rahmen der Behindertenrechtskonvention grundsätzlich anerkennt, dass Handlungsbedarf besteht. Dies auch in Thun. Sie bemängelt, dass die Sensibilisierung, Vernetzung und punktuelle Verbesserung wie gelegentliche Dolmetschdienste nicht ausreichen. Es braucht mehr konkrete Massnahmen, auch solche, die etwas kosten. Positiv zu erwähnen ist es, dass die Stadt Thun, unter anderem mit Eveline Salzmann, im Netzwerk «Hindernisfrei in Thun» vertreten ist und die Anliegen der Menschen mit Behinderungen in die Verwaltung einfließen. Das Netzwerk wird vom Schweizerischen Blinden- und Sehbehindertenverband geführt. Sie weist darauf hin, dass es sich somit nicht um ein neutrales Gefäss handelt, in welchem alle gleichberechtigt vertreten sind. Der Gemeinderat wird gebeten, dass eine Stadtvertretung die Leitung für das Anliegen übernimmt. Sie erachtete es als selbstverständlich, dass die Kosten für Dolmetschdienste vollständig von der Stadt übernommen und nicht an Dritte delegiert werden. Positiv findet sie, dass sich der Gemeinderat bereit zeigt, bei öffentlichen Veranstaltungen einen Dolmetschdienst zur Verfügung zu stellen. Sie findet es jedoch unzulässig, dass der Gemeinderat bestimmt, bei welchen Themen und bei welchen öffentlichen Veranstaltungen er einen Dolmetschdienst zur Verfügung stellt und bei welchen nicht. Menschen mit einer Hörbehinderung interessieren sich nicht nur für hörbehindertenspezifische Themen. Gehörlose Menschen dürfen selber bestimmen, an welchen Veranstaltungen sie teilnehmen möchten. Der Dolmetschdienst muss für alle öffentlichen Veranstaltungen, an denen Interesse besteht, und nicht nur für Stadtratssitzungen zur Verfügung gestellt werden. Sie schlägt vor, dass Interessierte über ein Formular auf der Website vorgängig ein Dolmetschdienst anfordern könnten. Dies sieht sie als Kompromissvorschlag. Sie ist der Meinung, dass grundsätzlich an allen öffentlichen Veranstaltungen ein Dolmetschdienst vorhanden sein sollte, damit Hörbehinderte auch spontan an einer Veranstaltung teilnehmen können. Sie findet es schön, dass für die aktuelle Stadtratssitzung von der Stadt selbst ein Dolmetschdienst organisiert wurde. Ihrer Meinung nach fehlt ein umfassendes Verständnis für die Bedürfnisse der gesamten hörbehinderten Gesellschaft. Das Verständnis muss zuerst entwickelt werden. Sie findet die in der Antwort gemachte Aussage, dass Hörbehinderung nicht gleich Hörbehinderung ist, irritierend. Sie stellt klar, dass auch ältere Menschen, die nicht mehr gut hören, hörbehindert sind. Die Anzahl der gehörlosen Menschen liegt gemäss neusten Zahlen im Minimum doppelt so hoch wie von dem Gemeinderat aufgeführt, nämlich bei mindestens 20'000 Menschen. Wichtig ist es, dass für Gebärdensprache-kompetente Menschen wie auch für jene, die die Gebärdensprache nicht können (Altersschwerhörigkeit) angemessene und angepasste Massnahmen ergriffen werden. Dabei verweist sie auf die Audiodativen Anlagen. Dolmetschdienste alleine reichen nicht aus, um alle Gehörlosen und Hörbehinderten zu integrieren. Die Leichte Sprache ist zwar gut gemeint, bezüglich des Antrags des Postulates jedoch unpassend. Sie erklärt, dass die Schriftliche Sprache für Gehörlose eine Fremdsprache mit eigener Syntax darstellt. Gehörlosigkeit hat nichts mit kognitiver Einschränkung zu tun. Die Leichte Sprache bedient eine andere Zielgruppe. Sie äussert, dass Videos für die Website das ideale Mittel wären. Andere Städte, wie Bern, machen es vor. Will der Gemeinderat, dass Informationen für Gehörlose zugänglich sind, so produziert er solche Videos auf der Website. Werden die Kosten als zu hoch eingestuft, so akzeptiert er, dass Gehörlosen wichtigen Informationen vorenthalten werden. Auch die Gehörlosen

sind Steuerzahler. Der Gemeinderat will die Behindertenkonvention nicht umsetzen und nimmt eine gewisse Diskriminierung in Kauf. Dasselbe gilt mit der politischen Partizipation in Vereinen wie politischen Parteien, Quartierleuten oder in politischen Kommissionen. Dafür einen Dolmetschdienst zur Verfügung zu stellen erachtet der Gemeinderat als zu kostenintensiv und aufwändig. Sie betont, dass die Partizipation von gehörlosen Menschen einen Dolmetschdienst voraussetzt. Sie schlussfolgert, dass vieles vom Gemeinderat aufgeführtes sich als schwammig erweist. Es fehlt ein Gesamtkonzept, um die Anliegen der gehörlosen und hörbehinderten Menschen zu berücksichtigen. Die Antwort vom Gemeinderat bietet bezüglich konkreter Schritte und Massnahmen nicht den gewünschten Klärungsgrad. Sie beantragen die Annahme und das Nicht-Abschreiben.

Claude Schlapbach, **Fraktion FDP/Die Mitte**, sagt, dass sie nicht so viele Aber haben. Den Worten sind Taten gefolgt, weshalb man an der heutigen Sitzung einen Dolmetschdienst hat. Sie stimmen der Annahme und Abschreibung zu.

Natalie Althaus Spinnler, **Fraktion Grüne**, schliesst sich grösstenteils den Worten von Stadträtin Alice Kropf an. Bei der Recherche fand sie im Internet unzählige Hochschulen, die auf diesem Gebiet forschen. Bayern hat vor einem knappen Jahr beschlossen, für sämtliche Behörden, kulturelle und öffentliche Anlässe Avatare einzusetzen, welche simultan in die Gebärdensprache übersetzen. Die Avatare befinden sich in einem Anfangsstadium. Es laufen Überlegungen, ob die Deutsche Bahn bei den Bildschirmen Ansagen und Änderungen im Fahrplan von KI-generierten Avataren darstellen lassen wollen, damit Menschen mit einer Hörbehinderung die Informationen auch mitbekommen. Im EU-Parlament wird zukünftig ebenfalls auf KI-basierte Avatare gesetzt. Der Fortschritt ist da. Die Programme sind teuer und rudimentär, aber es gibt sie. Auf jeden Fall gäbe es Avatare, die auf der Website aufgeschaltet werden könnten. Für sie ist es wichtig, dass alle öffentlichen Anlässe für Gehörlose und Hörbehinderte zulässig gemacht werden. Die Fraktion wird annehmen und nicht abschreiben.

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, findet, dass der Gemeinderat aufgrund des Postulates aufzeigen konnte, dass betreffend Chancengleichheit und Teilhabe bereits viel realisiert wurde. Dies auch unter Einbezug von Interessengemeinschaften. Er findet es wissenswert, dass sich die zuständige Gemeinderätin die Zeit nimmt, persönlich an den Sitzungen von "Hindernisfrei in Thun" teilzunehmen. Auch wenn der Behindertenverband federführend ist. Auch wurde die Leichte Sprache ohne speziellen Input bereits initiiert. Er ist zuversichtlich, dass bei Bedarf zukünftig noch weitere Anpassungen auf der Website erfolgen werden. Er findet, dass mit der Beantwortung mindestens drei Anliegen der Postulantinnen und Postulanten erledigt wurden. Das Anliegen der FM-Anlagen wird bei Annahme des Postulates explizit geprüft. Für ihn stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, dass die Stadt Thun die Anlage anschaffen müsste. Sender und Empfänger würden von einem Akustiker auf die persönlichen Verhältnisse der Nutzenden abgestimmt werden. Er findet, die Verhältnismässigkeit gilt es stets zu wahren. Auch muss man sich fragen, was die Aufgabe der Stadt Thun ist und was anders organisiert werden kann und wer verantwortlich wäre. Die Fraktion lehnt die Forderung nach einem Dolmetschdienst für die politische Teilnahme ab. Sie finden den finanziellen und administrativen Aufwand gerade bei Anlässen ausserhalb der Gemeindebehörde als unverhältnismässig. Die Fraktion findet, dass das Postulat ausführlich geprüft wurde. Sie nehmen einstimmig an und schreiben ab.

Nicole Krenger, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, ist der Meinung, dass es in einer idealen Welt Gang und Gabe wäre, dass Menschen mit einer Hörbeeinträchtigung eine Veranstaltung wie die Stadtratssitzung ganz spontan besuchen könnten. In einer idealen Welt könnten auch Menschen mit einer körperlichen Beeinträchtigung dann reisen, wann sie wollen. Sie könnten hindernisfrei in die Busse von Thun einsteigen und müssten sich nicht Stunden davor bei der SBB anmelden. Es gäbe keine administrativen Hürden, wie dies auch eine Anmeldung an einer Sitzung wäre. Manchmal scheitert die ideale Welt leider an der Realität. Die hier genannten Gründe sind primär finanzieller Natur. Teilweise muss eine Abwägung vorgenommen werden. Die Fraktion ist der Meinung, dass hier mehr möglich ist. Als Klammerbemerkung stellt sie in den Raum, dass in der Fraktion eine hörbeeinträchtigte Person im Bekanntenkreis ist, die die

Schriftliche Sprache bevorzugen würde. Sie weist darauf hin, dass neue Geräte angeschafft werden, wie allenfalls eine neue Tonanlage für die Protokollaufnahme. Idealerweise wird ein erster Entwurf vom Protokoll automatisiert stattfinden können. Diesbezüglich ist es ihr ein Anliegen darauf hinzuweisen, dass bei der Anschaffung solcher Geräte darauf geschaut wird, was als Nebenprodukt genutzt werden kann. Wie beispielsweise die Aufschaltung des nicht perfekt generierten Protokolls. Die Fraktion glaubt, der Gemeinderat hat sich bemüht. Sie ist sich aber nicht sicher, ob der Gemeinderat das Thema als Ganzes erkannt und begriffen hat. Sie sind für die Nicht-Abschreibung.

Marc Fritschi (Parteilos), bekundet, dass er einen gehörlosen Sohn hat. Er hat sich im Rahmen der Elternvereinigung jahrelang eingesetzt. Auch war er in der Schulkommission der Sprachheilschule. Er weiss, dass es ein komplexes Thema ist. Eine Behinderung ist eine Beeinträchtigung, auch wenn zu helfen versucht wird. Man ist mit einer Hörbehinderung nie ganz gleich wie die anderen. Die technische Entwicklung wurde erwähnt. Was noch nicht genannt wurde ist, dass die Gebärdensprache längst nicht die einzige Methode ist, um mit einer Hörbehinderung umzugehen. Eine Ringleitung in einem Saal, die mit allen Hörgeräten empfangen werden kann, hilft rein mengenmässig mehr Leuten, als ein Gebärdendolmetschdienst. Es gibt auch zahlreiche Hörbehinderte, die selbst technischen Geräte besitzen. Hörbehinderte haben grundsätzlich die Möglichkeit, Hilfe anzufordern. In Anbetracht dessen findet er die Antwort vom Gemeinderat sachgerecht. Es ist eine Momentaufnahme. Die Situation wird sich ohnehin verändern. Seiner Meinung nach sind die konkreten Vorschläge vom Postulat soweit machbar auf guten Wegen oder bereits umgesetzt. Er findet, bei einer Nicht-Abschreibung geht es um Selbstbestätigung, dass man ein guter Mensch ist und noch mehr Gutes will. Er bekräftigt, dass das Gute ohnehin kommt. Dies rein aus der technischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Er ist überzeugt, dass der Gemeinderat laufend Anpassungen vornehmen wird. Er ist für die Annahme und Abschreibung.

Gemeinderätin Eveline Salzmänn dankt für die interessanten Inputs. Es wurde genannt, dass das Netzwerk «Hindernisfrei in Thun» nicht neutral sei, da es vom Sehbehinderten- und Behindertenverband geleitet wird. Sie findet diese Aussage anmassend, wenn man selbst noch nicht an dem Netzwerktreffen teilgenommen hat. Hat man teilgenommen, so weiss man, dass Brigitte Tschanz die Treffen sehr neutral leitet und alle Behindertenorganisationen und alle Beeinträchtigungen berücksichtigt werden. Sie vertritt klar die Auffassung, dass es nicht neutraler wäre, wenn es von der Stadtverwaltung geleitet würde. Es wurden Mobilitätsanliegen umgesetzt, wie auch Anliegen für Seh- und Hörbehinderte. Dass die Zahlung des Gebärdendolmetschdienstes auf die Organisationen aufgeteilt wird, so ist dies im freien Ermessen dieses Netzwerkes. Die Zahlung wird abgewechselt. Bezüglich der Aussage «Hörbehinderung ist nicht gleich Hörbehinderung» berichtet sie, dass sie damit meinte, dass Altersschwerhörige keinen Gebärdendolmetschdienst brauchen, sondern mobile Höranlagen. Altersschwerhörigkeit ist nicht dasselbe wie eine Hörbehinderung, die man von Kind an hat. Die genannten KI-Avatare sind ihr ebenfalls begegnet. Sie hat unverzüglich in der Abteilung Kommunikation nachgefragt, ob es nicht möglich ist, solche einzuführen. Dies ist leider noch nicht der Fall. Sie versichert, dass sie solche umsetzen würden, wenn es möglich wäre. Sie bestätigt, dass sie auch bei einer Abschreibung stets an dem Anliegen des Postulates dran sind, da es sich um eine Daueraufgabe handelt. Sie dankt Stadtrat Marc Fritschi für sein Votum und seine Anerkennung für das Tun vom Gemeinderat, gerade mit Erfahrung aus dem persönlichen Umfeld. Sie dankt, wenn dem Antrag vom Gemeinderat auf Annahme und Abschreibung Folge geleistet wird.

Alice Kropf, SP-Fraktion, äussert zur genannten Verhältnismässigkeit, dass die Umsetzung der Behindertenkonvention eine öffentliche Aufgabe ist. Es scheint ihr wichtig zu berichtigen, dass niemand gegeneinander ausgespielt wird, seien es Gehörlose, Hörbehinderten oder Ähnliche. Es müssen die Bedürfnisse von allen gleichwertig berücksichtigt werden. Eine technische Anlage hilft jemandem, der seit Geburt gehörlos ist, nichts. Jemandem mit Altersschwerhörigkeit, der die Gebärdensprache nicht kennt, dem hilft diese nichts. Es braucht also beides. Die Gebärdensprache ist die Sprache der Gehörlosen. Alles andere ist eine Fremdsprache. Sie dankt für die Unterstützung, nicht abzuschreiben.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es mit 21 : 14 Stimmen nicht ab.

6. Interpellation I 10/2023 betreffend Empfehlungsverfahren Sek1 - Gym1

SP-Fraktion vom 21. September 2023; Beantwortung

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, gibt bekannt, dass die Interpellierenden von der Beantwortung befriedigt sind und keine Diskussion wünschen.

7. Fragestunde betreffend Stadtentwicklung und Verkehrsführung/ÖV

Matthias Zellweger (Parteilos) vom 20. Dezember 2023; Beantwortung

Die Fragestunde F 01/2024 wird schriftlich beantwortet.

8. Fragestunde betreffend Stand Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) betreffend hindernisfreiem Zugang zum öffentlichen Verkehr

Alice Kropf (SP) vom 16. Januar 2024; Beantwortung

Die Fragestunde F 02/2024 wird schriftlich beantwortet.

9. Dringliches Postulat P 01/2024 betreffend Rahmenbetreuung Schulkinder zeitnah verbessern;

Thomas Rosenberg, Fraktion GRÜNE; Dringlichkeitsbeschluss

Thomas Rosenberg, **Grüne**, nennt zwei Gründe für die Dringlichkeit. Einerseits geht es um die Schliessung der Gruppe Orange der Kita Thun, von welcher 40 bis 50 Familien betroffen sind. Diese brauchen bis zum kommenden Herbst eine Lösung. Andererseits plant die Stadt eine Bedarfsabklärung. Sie sind der Meinung, dass die Prüfung zumindest parallel zur Bedarfsabklärung und auf jeden Fall nicht nachträglich erfolgen muss.

Vizestadtpäsidentin Katharina Ali-Oesch erklärt, dass die Postulanten mit dem Anliegen offene Türen einrennen. Der Gemeinderat hat sich mit der Bekanntgabe der Legislaturziele dazu geäussert und Massnahmen definiert, die diesem Anliegen Rechnung tragen. Thun soll ein attraktiver Lebensort mit entsprechenden Lebensräumen sein. Viel wichtiger noch, die Weiterentwicklung der Ferienbetreuung und Tagesschulen soll eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Mit den dort getroffenen Massnahmen kann dem Postulat Rechnung getragen werden. Erste Aufträge sind erteilt und die Gespräche laufen. Man ist an der Lösungsfindung dran. Sie wollen ein Angebot schaffen, das allen Thuner Familien entgegenkommt. Sie brauchen Zeit, um eine Auslegeordnung zu machen und sich mit allen abzusprechen. Man hat eine Evaluation der Ferienbetreuung der Ferieninsel vor. Es ist viel aufgegleist. Sie bittet, die Dringlichkeit abzulehnen, damit sie ein umfassendes Bild der Situation der Stadt und der geplanten Massnahmen präsentieren können.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt die Dringlichkeit mit 17 : 14 Stimmen als nicht dringlich.

Mitteilungen

Sekretariat Christoph Stalder liest das Demissionsschreiben von Stadträtin Susanne Gygax-Wymann vom 19. Januar 2024 vor.

Der Stadtratspräsident hält fest, dass Stadträtin Susanne Gygax-Wymann am 19. Januar 2018 in den Stadtrat kam. Sie war in der SAKO Si+So, der BRK und der Einbürgerungskommission tätig. Er richtet einige Worte an Stadträtin Susanne Gygax-Wymann. Ihr Auftreten war stets ruhig und überlegt und erfolgte mit Kompetenz. Sie hat ein breites Spektrum abgedeckt. Betrachtet man die Vorstösse, an denen sie beteiligt war, so ging es um Soziales, Kultur, Klimaschutz, junge Menschen und Infrastrukturprojekte. Weiter war sie Mitunterzeichnende bei der Digitalisierungsstrategie der Stadt Thun, also auch bei zukunftsorientierten Angelegenheiten. Aufgefallen ist ihm, dass für sie bei all ihren Tätigkeiten der Mensch unabhängig seines Alters im Zentrum stand. Es war ihr wichtig, sich für die Schwächeren einzusetzen. Auf dem Themenspektrum gesehen bezeichnet er sie nicht als Spezialistin, sondern als Generalistin. Er dankt Stadträtin Susanne Gygax-Wymann für ihre Arbeit im Stadtrat zugunsten der Stadt Thun und wünscht ihr vor allem Zeit, um das schöne Leben geniessen zu können.

Er bittet die geladenen Gäste um einen schnellen Transfer zur alten Reithalle, Thun Expo, um dort der Feier frönen zu können.

Der Stadtratspräsident verschiebt aus Zeitgründen die Behandlung von P 13/2023 und schliesst die Sitzung um 19.10 Uhr.

Verschiebungen

- Postulat P 13/2023 betreffend mehr Vergünstigungen für sozial schwächere Thunerinnen und Thuner

Eingänge

- Postulat P 01/2024 betreffend Rahmenbetreuung Schulkinder zeitnah verbessern; Thomas Rosenberg, Fraktion Grüne vom 19. Januar 2024
- Postulat P 02/2024 betreffend Street-Workout-Anlage in Thun; Fraktion GLP/EVP/EDU vom 19. Januar 2024
- Postulat P 03/2024 betreffend Einführung von gratis Menstruationsprodukten in Toiletten von Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden; Marianna Oesch Bartlome SP, SP-Fraktion, Fraktion Grüne, Fraktion GLP/EVP/EDU vom 19. Januar 2024
- Postulat P 04/2024 betreffend finanzielle Mittel zur Umsetzung der Istanbul-Konvention; SAKO Sicherheit und Soziales vom 19. Januar 2024
- Interpellation I 01/2024 betreffend Erreichung des Netto 0 Zieles in der Verwaltung der Stadt Thun bis 2035 ; Mark van Wijk, Fraktion FDP / Die Mitte vom 19. Januar 2024

Der Stadtratspräsident



Philipp Deriaz

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder